

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 27.01.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 09:00 Uhr
Sitzungspause: **09:55 – 10.00 Uhr**
11:00 – 11.05 Uhr
Ende: 11:50 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Baum	Vorsitzender	
Herr Dr. Bruder		
Frau Eraslan		für Frau Schönfeld
Frau Heinrich		
Herr Heuer		
Herr Hofmann		
Herr Imorde		
Frau Röder		
Herr Schneck		für Frau Böllhoff
Herr Winkelmann		

Stellvertretende Mitglieder

Herr Huhn
Frau Lawrenz
Frau Pieper
Frau Ramtour

Beratende Mitglieder

Herr Donath (SPD) für Frau Brandtner

Frau Niemeyer (Die Linke)

Verwaltung

Frau Bueren

Büro für Integrierte
Sozialplanung und
Prävention

Herr Feix

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Herr Markus

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Herr Heibrock

Amt für Jugend und Familie
- Jugendamt -

Herr Bergen

Büro für Integrierte
Sozialplanung und
Prävention

Herr Burkat

Büro für Integrierte
Sozialplanung und
Prävention

Gäste

Frau Maaß

Pfarrerin für Gehörlosen- und
Schwerhörigen-seelsorge

Frau Kühler

Gebärdendolmetscherin

Frau Gäbler

Gebärdendolmetscherin

Schriftführung

Frau Markwart

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 mit Berichterstattung vom Bauamt werden auf die nächste Sitzung und der Tagesordnungspunkt 12 auf die Sitzung im April 2016 vertagt.

Es gibt keine weiteren Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 25.11.2015

Frau Röder bittet um folgende Ergänzung bei TOP 8:

„Frau Röder stellt die Nachfrage zu dem veränderten Verwaltungshandeln. Betroffene Familien haben diesen Sommer einen Bescheid über die Streichung der Beförderung erhalten, ohne vorher bezüglich einer genaueren Prüfung befragt worden zu sein.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 25.11.2015 sowie die Ergänzung von Frau Röder werden nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Pressemitteilung zur UN-Behindertenrechtskonvention

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Pressemitteilung.

Zu Punkt 3.2 Veranstaltungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandten Veranstaltungshinweise. Entsprechende Flyer liegen aus.

Zu Punkt 3.3 Erhöhung der Regelsätze der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information.

Zu Punkt 3.4 Brief und Pressemitteilung zum Thema Stellplätze für Rollstuhlfahrer in der Schüco-Arena

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandten Anlagen.

Zu Punkt 3.5 Brief vom Vorsitzenden Herrn Baum an Dezernent Herrn Moss

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den mit der Einladung versandten Brief.

Zu Punkt 3.6 Jubiläumsrede vom Oberbürgermeister Herrn Clausen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Jubiläumsrede.

Zu Punkt 3.7 Abschlussbericht zum Projekt „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen!“

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information. Die Abschlussveranstaltung werde am 11.03.2016 stattfinden.

-.-

Zu Punkt 3.8 Pressemitteilung zur verbesserten Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Pressemitteilung.

-.-

Zu Punkt 3.9 Stellenanzeige für 3-jähriges Modellprojekt "Gewaltprävention und Gewaltschutz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung/chronischer Erkrankung"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Stellenanzeige.

-.-

Zu Punkt 3.10 Positionspapier "Unterstützte Beschäftigung im Zuverdienst"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Information.

-.-

Zu Punkt 3.11 SPD-Beschluss PEPP

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Anlage.

-.-

Zu Punkt 3.12 Information der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention zur Allgemeinen Bemerkung Nr. 2 des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

-.-

Zu Punkt 3.13 Medienprojekt Wuppertal

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Information (**Anlage 1**).

Zu Punkt 3.14 Wohnungsmarktbericht NRW

Der Wohnungsmarktbericht NRW kann in der Geschäftsstelle des Beirates eingesehen werden.

Zu Punkt 3.15 Schließung der Beratungsstelle für Hörgeschädigte

Frau Heinrich berichtet über die Schließung der Beratungsstelle für Hörgeschädigte und bemängelt, dass vorab keine Gespräche mit den Betroffenen geführt worden seien.

Zu Punkt 4 Anfragen**Zu Punkt 4.1 Behindertentoiletten in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 2631/2014-2020

Zu Punkt 4.1.1 Antwort des Dezernates 4

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die als Tischvorlage vorliegende Antwort des Dezernates 4 (**Anlage 2**). Der Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr werde sich mit der Antwort auseinandersetzen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 5 Anträge**Zu Punkt 5.1 Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Sternwarte und der Querungshilfe über die Detmolder Straße im Bereich der Bushaltestelle**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2646/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den mit der Einladung versandten Antrag von Herrn Dr. Bruder und von ihm, und stellt diesen zur Abstimmung.

Herr Hofmann äußert sich kritisch und gibt zu bedenken, dass für das Jahr 2017 ohnehin der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen an der Detmolder Straße geplant sei. Außerdem sei die betroffene Querung aus seiner Ansicht nicht schlecht einsehbar.

Herr Dr. Bruder entgegnet, dass die Schilder direkt auf Augenhöhe eines Rollstuhlfahrers bzw. auch der Autofahrer angebracht seien und dass dringender Handlungsbedarf bestehe, da die Querung sehr stark frequentiert werde.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich noch Frau Pieper, Herr Winkelmann und Frau Röder.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, den Antrag zunächst zurückzustellen und vorab ein Gespräch mit dem zuständigen Dezernat zu führen.

Herr Dr. Bruder äußert, dass er keinen Grund dafür sehe, den Antrag zurückzustellen.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Stadt Bielefeld auf, die Querungshilfe an der Detmolder Straße und die Bushaltestelle Sternwarte in Ubbedissen umgehend barrierefrei umzubauen.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6**Masterplan Wohnen für Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2459/2014-2020

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2015**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2567/2014-2020

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Pflegebericht 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2379/2014-2020

Frau Bueren erläutert den Pflegebericht 2013 (**Anlage 3**). Der Pflegebericht werde alle 2 Jahre vom Bundesamt für Statistik erstellt.

Frau Röder regt an, den Pflegebericht zukünftig auch in Bezug auf Behinderte bzw. Kinder auszuwerten. Frau Bueren nimmt die Anregung für die Verwaltung auf.

Zahlen zu pflegebedürftigen Menschen unter 60 Jahren seien in 5-Jahres-Schritten bereits jetzt lieferbar, die Interpretation könne Frau Bueren als Altenhilfeplanerin jedoch nicht leisten.

Frau Bueren beantwortet weitere Fragen von Herrn Winkelmann, Herrn Imorde, Frau Heinrich und Frau Niemeyer.

Der Arbeitskreis Gesundheit werde sich zukünftig näher mit dem Thema befassen.

- der Beirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Haushaltsplanberatungen 2016**

Zu Punkt 9.1 **Haushaltsplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen**
- Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2525/2014-2020

Herr Feix gibt allgemeine Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2016 und erläutert die Beratungsunterlagen. Herr Markus erläutert die

behindertenrelevanten Haushaltspositionen.

Der Beirat äußert sich kritisch gegenüber den geplanten Stelleneinsparungen, insbesondere der Stellen für die Beratungsstelle für hörgeschädigte Menschen.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Röder, Herr Hofmann, Herr Donath, Frau Heinrich, Frau Pieper und Vorsitzender Herr Baum.

Fragen aus der Diskussion werden von Herrn Feix und Herrn Markus beantwortet.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 4) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen** folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 2) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	251 €	153.345 €	153.094 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	43.550.314 €	119.365.638 €	75.815.324 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	58.616.903 €	70.628.480 €	12.011.577 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	14.056.898 €	71.350.134 €	57.293.236 €
Summen		116.224.366 €	261.497.597 €	145.273.231 €

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 3) enthaltenen Sachverhalte **zugestimmt**.

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 68.000 €, investive Auszahlungen = 233.928 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 5.000 €

4. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

11.05.01 Grundsicherung für Arbeit (S. 787 Bd. II)

11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts (S. 793 Bd. II)

11.05.03 Besondere soziale Leistungen (S. 802 Bd. II)
5. Dem **Stellenplan 2016** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.
Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2015 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt ist beigefügt (Anlage 5).
6. Den Konsolidierungsmaßnahmen des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt –
lt. Dr.-Nr. 2411/2014-2020, lfd. Nr. 181 bis 190 wird zugestimmt
(Anlage 6).

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 9.2 Haushaltsplan 2016 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2566/2014-2020

Herr Heibrock erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen von Frau Röder und Herrn Donath.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste**

gem. Anlage 4 der

Produkt-gruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendunge n	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugend-hilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	24 €	70.726 €	70.702 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	4.208.044 €	6.380.059 €	2.172.015 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	66.765.418 €	142.374.327 €	75.608.909 €
11.06.02	Förderung von Familien	13.831.691 €	74.714.026 €	60.882.335 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	626 €	1.983.716 €	1.983.090 €
Summen		84.805.803 €	225.522.854 €	140.717.051 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Beschlüsse gefasst werden.

Den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Bezeichn ung	Investive Einzahlun gen	Investive Auszahlun gen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Präventio n	110.000 €	337.184 €	227.184 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	86.398 €	76.398 €
Summen		120.000 €	423.582 €	303.582 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2016 wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplanentwurf 2016 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

5. Den laufenden Nrn. 191 – 205 der Konsolidierungsmaßnahmen

2016 – 2020 wird zugestimmt.

6. Der Kürzung des Zuschusses an die REGE im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen für Beteiligungen wird zugestimmt.

7. Den vier Konsolidierungsmaßnahmen für Einzelprojekte im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung wird zugestimmt.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.3 Haushaltsplan 2016 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2512/2014-2020

Herr Bergen erläutert den Haushaltsplanentwurf 2016 des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Herr Burkat erklärt auf Nachfrage von Herrn Imorde, dass die Stelle mit der Aufgabe der Behindertenhilfekoordination erst offiziell bekannt gegeben werden könne, wenn der Haushalt (inkl. des Stellenplans) genehmigt sei.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem SGA, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	124.503 €	953.406 €	828.903 €
Summen		124.503 €	953.406 €	828.903 €

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden
(Anlage 1).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.31 - investive Auszahlungen i.H.v. 2.600 € - wird zugestimmt (Anlage 2).
4. Dem Stellenplan 2016 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- wird zugestimmt (Anlage 3).

Den Veränderungen der Verwaltung zum Teilergebnisplan 2016 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 4) dargestellten Sachverhalte zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Zielplanungsprozess 2015 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 2. Tertial**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2115/2014-2020
2116/2014-2020

Herr Burkat und Herr Bergen erläutern die Vorlagen. Herr Bergen weist darauf hin, dass in der kommenden Sitzung die Berichterstattung zum 3. Tertial und die Planungen für 2016 Thema sein werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Nachwahl Stellvertretung „gehörlose, ertaubte und schwerhörige Menschen“**

Die Kandidatin Frau Maaß stellt sich vor.

Einvernehmlich wird festgestellt, dass der Beirat per öffentliche Wahl abstimmen möchte.

Beschluss:

Frau Maaß wird als Stellvertreterin für die Behindertengruppe „gehörlose, ertaubte und schwerhörige Menschen“ gewählt.

- einstimmig beschlossen –

Frau Maaß wird vom Vorsitzenden Herrn Baum in die Arbeit des Beirates eingeführt und nach folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

-.-.-

Zu Punkt 12 **Notfall-Karte**
(Fortsetzung der Erörterung aus der letzten Sitzung)

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und**
Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Herr Burkat teilt die Termine der nächsten Treffen für die Handlungsfelder im Rahmen der Inklusionsplanung mit:
 - Handlungsfeld (HF) 01 – Frühkindliche Entwicklung, Elementarbildung: 17.02.2016 + 13.04.2016 + 15.06.2016
 - Arbeitsgruppe „Inklusive Stadtverwaltung“: 05.02.2016
 - Die Lenkungsgruppe hat am 20.01.2016 getagt.
 Herr Burkat beantwortet Fragen von Frau Röder und Vorsitzendem Herrn Baum und weist darauf hin, dass er in der nächsten Sitzung ausführlicher über den Stand des Inklusionsplanes berichten werde.
- Herr Winkelmann berichtet aus dem **Seniorenrat**. Dort sei u. a. der Wohnungsmarktbericht vorgestellt worden. In Bielefeld gäbe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Personen.

Investoren, die Häuser für Flüchtlinge bauen, erhielten 30 % Tilgungsnachlass.

- Frau Röder informiert über die Sitzung des **Schul- und Sportausschusses**. Der OGS-Zuschuss sei gekürzt worden. Die Stadt Bielefeld könne diesen nicht aus eigener Hand finanzieren, deshalb werde es Einbußen für die Kinder geben. Der Inklusionsprozess sei in den Schulen nicht geklärt. Unter anderem fehlten benötigte Räume. Sie verliest den TOP 3.2.2 aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses vom 08.12.2015:

„Herr Müller teilt mit, dass die Bezirksregierung Detmold die OGS-Betriebskostenzuschüsse des Landes für Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf (sonderpädagogisch oder vergleichbar) für das Schuljahr 2015/16 wie bereits für das Schuljahr 2014/15 erneut gekürzt hat. Von der Stadt Bielefeld wurden zum Stichtag 15.10.2015 insgesamt 669 Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf für eine erhöhte Förderung gemeldet. Für 240 Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf wurde nicht der beantragte erhöhte Fördersatz von 1.946 Euro je Kind, sondern nur ein Fördersatz von 965 Euro anerkannt. Der Einnahmeausfall für die Stadt Bielefeld beläuft sich damit auf 235.440 Euro.

Die Verwaltung wird gegen die vorgenannte Bewilligungspraxis des

Landes im Schuljahr 2015/16 wie bereits gegen die Bewilligungspraxis des Vorjahres Klage vor dem Verwaltungsgericht Minden erheben.

Die Klage gegen den Bewilligungsbescheid des Schuljahres 2014/15 wurde vom Verwaltungsgericht Minden abgewiesen; über den Antrag auf Zulassung der Berufung wurde seitens des Oberverwaltungsgerichts Münster noch nicht entschieden.

Ergänzend teilt Herr Müller mit, dass auch die Stadt Iserlohn erklärt habe, gegen die Bewilligungspraxis des Landes für das Schuljahr 2015/16 Klage erheben zu wollen.

Die Verwaltung wird den Schul- und Sportausschuss über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden halten.“

- Frau Röder berichtet, dass im **Arbeitskreis Bildung** ein Gespräch mit den Schulformsprechern stattgefunden habe, bei dem jedoch leider nur 2 Vertreter vom Beirat anwesend gewesen seien. Zurzeit beschäftige sich der Arbeitskreis vorrangig mit einem Projekt aus Köln, bei dem Menschen mit Behinderung in Arbeit geführt würden und mit der schulischen Inklusion.
- Aus dem **Arbeitskreis Gesundheit** informiert Herr Huhn: Frau Böllhoff führe Gespräche mit den Bielefelder Krankenhäusern, wie im Einzelfall mit dem besonderen Bedarf von Schwerbehinderten umgegangen werde. Daraus solle ein Handlungsleitfaden für Angehörige entwickelt werden. Die Notfall-Karte sei ebenfalls in Arbeit.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 15 **Bericht an die Presse**

Es soll über die Schließung der Beratungsstelle für Hörgeschädigte berichtet werden.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

